

# EWN

Entsorgungswerk für  
Nuklearanlagen



# Pressespiegel

15.07.2022

# Inhalt

## EWN

- 1 | **Inbetriebnahme von Nord Stream 2 gefordert**  
*Ostsee-Zeitung - Rügener Zeitung, 15.07.2022* ..... 3
- 2 | **Ministerium: Laufzeitverlängerung brächte 225 Tonnen schwer radioaktiven Materials**  
*AFP Deutschsprachiger Basisdienst, 14.07.2022* ..... 4

📰 Ostsee-Zeitung - Rügener Zeitung | 15.07.2022 | S. 12

📄 Auflage: 9.807 | Reichweite: 19.721

👤 Anne Ziebarth

## ENERGIE

# Inbetriebnahme von Nord Stream 2 gefordert

## Bürgermeister verfassen Positionspapier bei Arbeitstreffen zu Energiekrise

Mit einem Positionspapier wollen einige Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sowie Amtsvertreter der Insel Rügen ihre Sorgen um die Energieversorgung auf der Insel deutlich machen. Ziel sei die Wiederöffnung von NordStream 1 (Wiederöffnung derzeit fraglich) bzw. alternativ Öffnung der Gaspipeline Nord-Stream 2 (war im Rahmen des Ukraine-Konflikts auf Eis gelegt worden). Das Positionspapier solle von allen Bürgermeistern der Insel unterzeichnet werden, so das Ziel. Auch ein „Energiegipfel“ sei geplant, hieß es in einer Pressemitteilung.

Mehrere Bürgermeister und Amtsvorsteher der Insel waren in der vergangenen Woche zu einem Arbeitstreffen zusammengekommen, um gemeinsam über die Zukunft Rügens als Region zu sprechen. Zu den Teilnehmern zählten die politischen Vertreter aus Baabe, Bergen, Sassnitz, Sellin, Putbus und Binz sowie das Amt Mönchgut-Granitz. Die Forderung nach einer Öffnung von Nord Stream II stieß bei Wirtschaftsminister Reinhard Meyer allerdings auf taube Ohren. „Da gibt es einen klare Aussage der Bundesregierung, die dage-

gen spricht“, so Meyer am Rande der Sitzung des Vorpommernrates. „Und die Landesregierung teilt diese Ansicht.“

Oberthema des Arbeitstreffens, das unabhängig von der Veranstaltung am Mittwochabend stattfand, war die „künftige Zusammenarbeit zu verschiedenen Themen auf der Insel Rügen, da viele Prozesse nur gemeinsam gestaltet und bewältigt werden können“, so Arne Fründt, Amtsleiter Mönchgut-Granitz. Allerdings wird auch differenziert. „Die Insel Rügen ist sehr vielseitig. Während einige Gemeinden touristisch geprägt sind, haben andere Gemeinden andere Ausrichtungen und sind beispielsweise landwirtschaftlich geprägt“, heißt es in der Mitteilung. Es fehle also an einer gemeinsamen Schnittmenge. „Themen, die ausnahmslos alle betreffen, sind fehlende Radwege, die sowohl unserer Einwohnerschaft als auch den Urlaubern zugutekommen. Hier soll eine engere Zusammenarbeit erfolgen“, heißt es. Man sei sehr zufrieden mit dem Treffen, so Fründt. „Wir freuen uns, dass die Insel wieder mehr zusammenrückt.“ Anne Ziebarth



AFP Deutschsprachiger Basisdienst | 14.07.2022

## Ministerium: Laufzeitverlängerung brächte 225 Tonnen schwer radioaktiven Materials

Eine Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke in Deutschland würde nach Berechnungen des Bundesumweltministeriums mindestens 225 Tonnen schwer radioaktives Material zusätzlich entstehen lassen. Falls die drei Kraftwerke drei weitere Jahre in Betrieb blieben, würden zudem etwa 450 Kubikmeter schwach- und mittelradioaktive Abfälle anfallen, erklärte das Ministerium von Steffi Lemke (Grüne) auf Anfrage der Mediengruppe Bayern (Donnerstagsausgabe). Dies würde große Probleme bei der Lagerung schaffen.

In den vergangenen Jahren wurden geschätzt jährlich rund neue 50 Brennelemente pro Atomkraftwerk benötigt, wie aus dem Ministerium verlautete. Es schließt allerdings nicht aus, dass der Bedarf an Brennelementen bei einer Laufzeitverlängerung sogar noch größer sein könnte.

Bislang sei "stets nur ein Teil der Brennelemente ausgetauscht worden und nicht der gesamte Kern", was laut Ministerium 193 Brennelemente wären. "Sobald die jetzt vorhandenen Brennelemente aufge-

braucht sind, käme der Neubeschaffungsbedarf allerdings eher der erstmaligen Kernbeladung zu Betriebsbeginn der AKW gleich als einer Nachbeladung in den vergangenen Betriebsjahren."

Demnach wäre nicht auszuschließen, dass die zwei- bis dreifache Brennelement-Menge nötig wäre. Auch die zusätzliche Menge an schwach- und mittelradioaktiven Abfällen von errechneten 450 Kubikmetern könnten "aus Gründen der Genehmigung nicht mehr im bereits voll ausgelastet geplanten Endlager Konrad untergebracht werden".

Ab 2027 sollen im Endlager Konrad im niedersächsischen Salzgitter rund 300.000 Kubikmeter leicht- und mittelradioaktiver Müll in 850 Metern Tiefe eingelagert werden.

Eine Laufzeitverlängerung für die drei in Deutschland noch verbliebenen Akws wegen des Engpasses beim Gas diskutiert. FDP und Union sind dafür, die Grünen sind strikt dagegen. Auch bei der SPD gibt es Widerstand.